



der Hacho

Die SPD in Oberhaching



September 2018

Auflage 6.500

RECHTSRUCK VERMEIDEN

Für ein demokratisches, modernes und soziales Bayern

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, bei der bevorstehenden Landtagswahl entscheiden Sie darüber, ob wir in Bayern eine offene, demokratische, sozial gerechte und moderne Gesellschaft bewahren oder in engstirnige und protektionistische Nationalismen zurückfallen, wie wir sie aus einzelnen osteuropäischen Staaten oder auch den USA vernehmen. Leider scheinen die CSU und die bayrische Staatsregierung, auch mit ihrer Nähe zum ungarischen Ministerpräsidenten, diesem Trend zu folgen. **Nutzen Sie Ihr Wahlrecht** und zeigen Sie durch Ihre Stimme, dass wir gemeinsam diesem Trend eine demokratische und soziale Position entgegensetzen.

Die Grundrechte und Werte der bundesdeutschen wie auch bayrischen Verfassung sehen eine sozial gerechte, familienfreundliche und demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor, die dem Schutz aller Einwohner verpflichtet ist, den Schutz der Familie gewährleistet und auch der Sicherstellung angemessenen Wohnens für alle Bürger sowie der Schaffung günstigen Wohnraums dient. Wer die aktuelle Politik der CSU in Bund und Freistaat verfolgt, sieht diese Werte im Schwinden.

Verschleuderung von staatlich gefördertem Wohnraum



Leichtfertig wurden von der bayrischen Staatsregierung durch den heutigen Ministerpräsidenten Söder noch in seiner Funktion als Finanzminister 33.000 staatlich geförderte Wohnungen der



Foto Quelle: Bayerischer Landtag

GBW an private Investoren veräußert. Von der CSU wird die Verantwortung gerne der EU-Kommission zugeschoben. Der eigentliche Grund des Verkaufs war indes die völlig verfehlte Expansionspolitik der Bayern LB nach Österreich und auf den Balkan noch unter CSU-Ministerpräsident Stoiber, die die Bank nahe an den wirtschaftlichen Zusammenbruch führte.

Der Verkauf der GBW-Wohnungen war eine der Maßnahmen, die Bank zu retten. Man hatte auch schon davor wenig Interesse an der GBW. Der angeblich behauptete Mieterschutz erweist sich heute als Luftnummer, an echten Alternativen einer kommunalen Lösung der GBW-Wohnungen war die Staatsregierung schon wegen ihres Versagens bei der Bayern LB nicht interessiert. Vermeintlich großzügig wird nun der Bau von gerade einmal 10.000 Wohnungen

bis 2025 durch die neu gegründete staatliche Baugesellschaft "Bayern-Heim" von der Staatsregierung angekündigt, obgleich durch das Versagen der Staatsregierung bei der GBW ein viel höherer Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in den Ballungszentren des Freistaates besteht!

Das neue PAG - Schutz oder Eingriff in die Persönlichkeitsrechte?

Mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz (PAG) bringt die Staatsregierung ihr autoritäres Staatsverständnis zum Ausdruck. Trotz rückläufiger Kriminalitätszahlen werden nunmehr staatliche Eingriffsbefugnisse deutlich nach vorne verlegt. Wo bisher für ein Eingreifen rechtlich eine konkrete Gefahr gefordert war, reicht nun die bloße Vermutung. Über Jahrzehnte war eine stabile innere Sicherheit gewährleistet und

Bayern kann sich bis heute damit rühmen.

Warum also dieser Eingriff? Will man sich einzelnen osteuropäischen Staaten annähern, wo die Grenzen staatlicher Eingriffsbefugnisse aufgeweicht werden? Für den Einzelnen als unbescholtenen Bürger mag das zunächst einmal nicht besonders einschneidend erscheinen, aus der Geschichte wissen wir, wie sich dies aber auch ins Gegenteil verkehren kann. Innere Sicherheit ist wichtig und für die Bürger und Polizei gleichermaßen ein hohes Gut, dabei sind stabile und verlässliche gesetzliche Regelungen und eine gute Ausstattung notwendig, nicht aber ständige Gesetzesänderungen.

Flucht und Migration - eine Erscheinung der heutigen Zeit?

Im Wettlauf um die Besetzung des rechten Randes kennen die Spitze der CSU und Staatsregierung offenbar nur noch überzogene Angstszenarien und martialisches Sprüche. Man ist sich dabei nicht zu schade, dem US-Beispiel folgend auch Familien und Kinder kasernieren zu wollen.

Bei der europäischen Flüchtlingskonferenz 1938 in Evian, als die europäischen Staaten ihre Grenzen für die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland schlossen, mahnte die spätere israelische Ministerpräsidentin Golda Meir: "Wisst ihr nicht, dass diese Zahlen menschliche Wesen sind" (*Die Zeit* 26/2018 vom 20. Juni 2018).

Nach der von der CSU verfolgten Flüchtlingspolitik hätte auch der deutsche Autor und Nobelpreisträger Thomas Mann mit seiner Familie auf der Flucht vor den Nazis kein Asyl erhalten dürfen, als er nach einer Erstaufnahme in der Schweiz 1939 in die USA floh.

Wir halten diese Politik der CSU mit einem christlich und humanistisch geprägten Selbstverständnis nicht für vereinbar. Nur ein aktives Eintreten aller für ein rechtsstaatliches und menschenwürdiges Handeln kann, wie es die SPD in der Großen Koalition gezeigt hat, diesem unsäglichen Ansinnen der CSU Einhalt gebieten und Ordnung in die politische Diskussion bringen.

Wir benötigen keine Chaostage der CSU, die die Republik über Wochen lähmen. Es braucht auch keine demokratiefeindliche Verunglimpfung Andersdenkender, die bei führenden Kräften der CSU, in ihrer Panik um den Machtverlust, mittlerweile die Oberhand zu gewinnen scheint.

Grundwerte als Voraussetzung eines wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts

Die genannten politischen Grundwerte, der über Jahrzehnte gepflegte soziale Ausgleich und die Öffnung unseres Landes nach Europa haben eine politische und wirtschaftliche Entwicklung in Frieden und Freiheit ermöglicht, die in der Geschichte unseres Landes ihresgleichen sucht. Hierauf baut unser Wohlstand auf - nicht auf Ausgrenzung und Verunglimpfung. Wer davon spricht, man benötige wieder eine "konservative Revolution", hat die Geschichte und Entwicklung unseres Landes nicht verstanden und ist bereit, die Grundwerte und Grundlagen unseres heutigen Wohlstandes und sozialen Ausgleichs mit Füßen zu treten.

Natürlich gibt es Unsicherheiten und Unzulänglichkeiten, sei es in Pflegeberufen und bei Pflegebedürftigen, bei sozial schwächer Gestellten, in der Migrationspolitik oder auch im politischen Prozess. Darum müssen wir uns kümmern, gegensteuern und korrigieren. Das schaffen wir aber nur, wenn wir uns einer offenen und demokratischen Diskussion und der politischen Verantwortung stellen. Bayern und Deutschland müssen ein verlässlicher Partner Europas bleiben.

Zielorientierte Sozial-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik

Die vor uns liegenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen bedürfen einer sach- und zielorientierten Politik, die das Wohl der Menschen in unserem Lande und in einem friedlichen und freizeitlichen Europa im Blick hat.

Die SPD hat dies in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl herausgehoben. Dazu gehören

- eine chancengerechte Familien-, Jugend- und Bildungspolitik
- die Sicherung sozialer Standards in einer sich durch Digitalisierung rasant verändernden Arbeitswelt
- eine angemessenen Wohnungs(bau)-politik für junge Familien und ältere Menschen,
- aber auch ein zukunftsorientierter Ausbau der Infrastruktur im öffentlichen Nahverkehr, im überregionalen Schienenverkehr und bei der Digitalisierung.

Diese Politik dient sowohl den Menschen in ihrem Alltag als auch der Wirtschaft im internationalen Wettbewerb.

Im Bund trägt die CSU seit 2005 die Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur und wir stellen fest, dass für den dringend notwendigen Ausbau des regionalen und überregionalen Schienennetzes so gut wie nichts getan wurde. Stattdessen nimmt man kilometerlange LKW-Staus auf Autobahnen in Kauf.

Fest steht, dass Bayern beim Ausbau des Schienenverkehrs gegenüber unseren Nachbarstaaten – nicht nur beim Ausbau des Eisenbahnzulaufs zum Brennerbasistunnel – um Jahre hinterherhinkt!

Was bietet die derzeitige Staatsregierung an? Realitätsferne Prestigeprojekte wie "Flugtaxi" oder "Raumfahrt Bavaria One"! Diese sind wenig konkret und wenig geeignet für jene Menschen in unserem Land, die sich täglich stauegeplagt oft auch noch mit dem Ausfall des öffentlichen Nahverkehrs herum-schlagen müssen.

Für ein modernes weltoffenes Bayern

Tragen Sie dazu bei, dass wir die Vorzüge des Freistaates Bayern mit seinen begeisterungsfähigen, hilfsbereiten und weltoffenen Menschen und Familien, seiner modernen Wirtschaftsstruktur sowie seiner sozialen und kulturellen Vielfalt und seiner wunderbaren Natur in einem demokratischen Staatswesen und freien Europa erhalten können. Dafür steht die SPD – geben Sie uns Ihre Stimme.

Ulrich Werwigg
und Ihre SPD-Oberhaching

KLIMA-, UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Aus dem Wahlprogramm der Bayern-SPD zur Landtagswahl 2018

Während sich derzeit in den Medien alles um das Thema Flüchtlinge dreht, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf einige ganz andere sehr wichtige Programmpunkte der Bayern-SPD lenken:

Die letzten Unwetter sind noch nicht vergessen: Stürme und Überschwemmungen sowie Hagelschäden waren in einigen Regionen Bayerns extrem. Dass Ehrenamtliche neben den Rettungskräften wichtige Hilfe leisteten, ehrt sie wahrlich, doch es ist Aufgabe der Staatsregierung auch hier nachhaltig Vorsorge zu treffen und mit zukunftsorientierten Maßnahmen Verantwortung zu übernehmen. Man hat leider den Eindruck, dass die Mängel der CSU-Regierung auch in diesem Bereich durch Scheindebatten verschleiert werden sollen.

Die SPD kann und will konkret mit 20 Maßnahmenpunkten Verantwortung für unser schönes Bayern übernehmen, weil bleibende Schäden jetzt noch verhindert werden können:

Die Energiewende muss konsequent weiter umgesetzt werden. Seehofers im Februar 2014 durchgesetzte 10H-Abstandsregel für Windräder muss wieder abgeschafft werden, da Windkraftanlagen dringend benötigt werden, um das „Zwei-Grad-Ziel“ zumindest annähernd noch zu erreichen.

Wir wollen eine Verkehrswende hin zu einem umweltfreundlichen, bezahlbaren öffentlichen Verkehr und Förderung emissionsfreier Fahrzeuge sowie den Ausbau des Radwegenetzes.

Wir unterstützen die Begrünung von Dächern und Fassaden, was das Klima in den Städten und auch im Haus positiv beeinflussen kann.



Moore sollen durch staatliche und freiwillige Programme renaturiert werden, da sie Kohlendioxid binden, für sauberes Wasser sorgen und wichtig für die Artenvielfalt sind.



Bayern hat als Flächenstaat viel mehr Möglichkeiten für den Artenschutz und die Biodiversität als andere Bundesländer: wir wollen umweltfreundliche, ökologische Landwirtschaft fördern, anstatt Überproduktion mit Herbiziden, Insektiziden und Überdüngung zu subventionieren.

Ausgleichsflächen für Baumaßnahmen müssen konsequenter als bisher geschaffen werden.

Schutzgebiete müssen ausgeweitet und stärker vernetzt und Eingriffe in die Natur vermieden werden: Bannwälder müssen ohne Ausnahmen erhalten bleiben, der Flächenfraß muss gestoppt und anstelle von Straßen müssen Schienenprojekte bevorzugt ausgebaut werden.

Die durch Söder eingeführte Lockerung des Anbindegebotes (keine Gewerbegebiete abseits von Städten und Gemeinden) muss zurückgenommen werden.

Ein 3. Nationalpark muss geschaffen werden: Schluss mit dem gegenseitigen Ausspielen verschiedener Interessengruppen!

Wir sind für konsequenten Schutz zurückkehrender Tierarten wie Luchs, Wolf und Wildkatzen.

Um die in Bayern meist noch hohe Trinkwasserqualität zu erhalten, muss die Privatisierung von Wasserversorgungen verhindert werden. Es muss mehr in Maßnahmen zur Verbesserung der Trinkwasserqualität investiert werden, wo diese bereits schlechter geworden ist (durch Nitrat, Herbizide, Chemikalien).

Wir wollen außerdem eine bessere Ausgestaltung und Überwachung der novellierten Düngeverordnung.

Die Renaturierung von Flussläufen und -auen ist wichtig für den Hochwasser- und Artenschutz.

Die konsequente Einhaltung der internationalen Alpenkonvention hat besondere Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung, daher muss die Änderung des Alpenplans rückgängig gemacht werden.

Ausufernder Flächenfraß ist ein ernstes Problem in Bayern. Der Landesentwicklungsplan der CSU-Staatsregierung fördert geradezu Gewerbegebiete und Outlet-Center auf der grünen Wiese. Das Volksbegehren zum Flächenfraß "Betonflut eindämmen" war jedoch zum Scheitern verurteilt, weil der darin vorgelegte Gesetzesentwurf einfach nicht praktikabel ist.

Fraktionschef der SPD im bayerischen Landtag, Markus Rinderspacher am 17.07.2018: "Die Bündnisgrünen haben mit ihrem untauglichen Gesetzesentwurf der wichtigen Sache, der Bekämpfung des Flächenverbrauchs, keinen Gefallen getan. Viele Experten haben vom ersten Tag an dokumentiert, dass der Bündnisgrüne Schnellschuss verfassungswidrig ist" Die SPD hat das rechtzeitig erkannt und auch benannt.

Es gilt nun, Wichtiges baldmöglichst umzusetzen, um den aktuellen negativen Entwicklungen Einhalt zu gebieten und negative Einflüsse zu minimieren. Vertrauen Sie dabei nicht nur den Grünen oder gar der aktuellen Regierungspartei!

Es ist wichtig, dass die SPD in einer neuen Staatsregierung Verantwortung übernimmt, um eine realitätsnahe und praktikable Umweltpolitik zu gestalten. Dafür brauchen wir Ihre Stimme!

Wolfgang Lex

BEZAHLBARER WOHNRAUM - DIE SOZIALE FRAGE IN BAYERN - Ein Interview mit Natascha Kohnen



HACHO: Natascha, Du bist Spitzenkandidatin der SPD bei der nächsten Landtagswahl. Wie willst Du in den nächsten Jahren Politik gestalten?

NATASCHA KOHNEN: In meinen Augen brauchen wir eine Politik, die die Menschen wirklich ernst nimmt, ihnen auf Augenhöhe begegnet und geprägt ist von Ehrlichkeit, Geradlinigkeit und Ernsthaftigkeit. Dabei geht es nicht um Kraftmeierei, Superlative und Muskelspiele. Sondern um eine Politik, die die Menschen in ihrem alltäglichen Leben mitnimmt, so dass jeder echte Chancen hat und die Unterstützung, diese Chancen auch zu nutzen.

In den letzten Jahren habe ich mit Menschen in ganz Bayern gesprochen. Menschen, die Arbeit und Familie unter einen Hut bringen müssen. Junge, die mit Chancen aufwachsen sollen und nicht mit Zukunftsängsten. Ältere, die in Würde leben wollen. Geflüchtete, denen wir in Bayern eine Heimat geben wollen. Für diese Menschen will ich Verantwortung übernehmen. Auch weil Bayern mir selbst so viel gegeben hat. Und weil ich überzeugt bin, dass unser starkes Land aus seinem Wohlstand und seiner Vielfalt so viel mehr machen kann.

HACHO: Oberhaching ist eine der teuersten Gemeinden Deutschlands. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt seit Jahren in Oberhaching haben, können

sich das Wohnen in unserer Gemeinde nicht mehr leisten und verlieren so ihre Heimat.

NATASCHA KOHNEN: Insgesamt gesehen wird die Frage nach bezahlbarem Wohnraum in meinen Augen zur sozialen Frage der nächsten Jahre und Jahrzehnte in Bayern. Landauf, landab, egal, wo man hinkommt, fürchten Menschen, dass sie sich ihr Dach über dem Kopf nicht mehr leisten können, dass sie nicht leben können, wo sie leben möchten oder wo sie schon seit Jahrzehnten leben, dass sie ihre Heimat verlieren. Das betrifft Jung und Alt gleichermaßen.

HACHO: Was ist eigentlich in Bayern schiefgelaufen, dass bezahlbarer Wohnraum zu einem so drängenden Problem wurde?

NATASCHA KOHNEN: Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Augen vor dieser Entwicklung schlicht verschlossen, aber die nackten Zahlen sprechen eine klare Sprache: 26 von 30 Kommunen mit den höchsten Preissteigerungen liegen in Bayern. Seit 2007 sind die Mieten um mehr als ein Drittel gestiegen.

Die Preise für Baugrund sind im Freistaat in den letzten zehn Jahren um 86% gestiegen und die Preise für Wohnungen um 60%. Auch der Bestand an Sozialwohnungen hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert. Als der Bund in den letzten Jahren die Finanzmittel für den Wohnungsbau verdreifachte, hat der CSU-geführte Freistaat umgehend die Landesmittel halbiert. Die Landesmittel für den Wohnungsbau sind heute auf dem Tiefststand seit den 90er-Jahren. Außerdem greift in Bayern die Mietpreisbremse nicht, weil die Staatsregierung sie durch eine stümperhaft umgesetzte Verordnung nicht in Gang gesetzt hat.

Die Preise für Baugrund sind seit zehn Jahren um 86 Prozent gestiegen, die für Wohnungen um 60 Prozent.

HACHO: Wie willst Du das Problem angehen?

NATASCHA KOHNEN: Wir müssen die Wohnungsnot mit allen Mitteln bekämpfen in Bund, Land und Kommune. Derzeit bauen Bund und Kommunen; der Freistaat baut seit Jahren nicht. Das muss sich ändern!

Wir brauchen eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft um 25.000 neue Wohnungen zu schaffen. Wir müssen die Landesmittel für den Wohnungsbau auf mindestens 350 Millionen Euro erhöhen.

Wir müssen Genossenschaften und Kommunen Bauland zu vergünstigten Konditionen zur Verfügung stellen. Genossenschaften müssen wir als eigene Säule in das Wohnraumförderungsprogramm aufnehmen.

Und wir müssen den Landkreisen endlich Möglichkeiten an die Hand geben, um selbst bauen zu können.

Und selbstverständlich werden wir die Mietpreisbremse scharf stellen.

Die Bewältigung der Wohnungskrise ist auf jeden Fall in Bayern erforderlich, um den Menschen wieder Sicherheit und Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit zu geben. Liebe Natascha, vielen Dank für das interessante Gespräch und viel Erfolg bei der Landtagswahl

Für den HACHO: Martina Faltermeier

Natascha Kohnen

- Geboren 1967 in München
- 2 Kinder
- wohnt seit November 1999 in der Gemeinde Neubiberg
- Biologin
- Landtagsabgeordnete seit 2008
- Energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie des Bayerischen Landtages
- seit Mai 2014: Mitglied im Kreistag des Landkreises München
- Stellvertretende Vorsitzende der Bundes SPD und Landesvorsitzende der Bayern SPD

Mehr über Natascha Kohnen unter www.natascha-kohnen.de

Annette Ganssmüller-Maluche in Oberhaching

Beim politischen Stammtisch der Oberhachinger SPD am 20. Juni im Biergarten des Weißbräu war auch die Landtagskandidatin für den nördlichen Landkreis, Annette Ganssmüller-Maluche, anwesend. Bei wunderbarem Wetter in entspannter Atmosphäre diskutierte sie mit den Anwesenden über das erst wenige Tage vorher verabschiedete Landtagswahlprogramm der SPD und erläuterte überzeugend, kompetent und mitreißend ihre Schwerpunkte. Im Landtag will sie sich für Familien einsetzen und sich einsetzen für beste Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit, für eine Verkehrspolitik, die den ÖPNV und Fahrradverkehr fördert, für Klimaschutz

und die Erhaltung der Natur und für regionale Lebensmittel ohne Massentierhaltung. Als stellvertretende Landrätin und Gemeinderätin ist sie mit den Problemen des Landkreises bestens vertraut und hat täglich mit all den Themen zu tun, die die Menschen im Landkreis bewegen, angefangen von Schulpolitik über Wohnungssuche bis zur Altenpflege.

Das bayerische Wahlrecht bietet die Möglichkeit, mit der Zweitstimme einen Wunschkandidaten anzukreuzen. Mit der Wahl von Annette Ganssmüller-Maluche (List 2 / Platz 13) können Sie die Vertretung des Landkreises im Landtag stärken.

Weitere Infos:

www.Ganssmueller-Maluche.de



Landtagswahl am 14. Oktober - So wählen Sie richtig:



Ihre Erststimme für Natascha Kohnen Wahlzettel 1, Nr. 201



Ihre Zweitstimme für Annette Ganssmüller-Maluche, Wahlzettel 2, Liste 2, Platz 13

ANGST

Angst, so alt wie der Mensch, fest in uns verwurzelt. Damals vor wilden Tieren, deren Opfer der Mensch oft wurde. Später vor verfeindeten Nachbarn, vor Seuchen. Irgendwo lauerte immer Gefahr, irgendwer war immer schuld – die Hexen, die Juden. Im Laufe der Geschichte finden sich viele Beispiele dafür.

Aber auch uns wurde als Kindern oft ganz subtil Angst gemacht: Wenn es gewitterte, schimpfte der Himmibaba. Vor den fremdländischen Bauarbeitern sollte man sich hüten, weil sie Katzen essen würden. Es wäre besser, heute keine Wäsche auf die Leine zu hängen,

es wären gerade Zigeuner im Ort. Noch nie gehört? Wer hat Angst vorm schwarzen Mann? Niemand! Und wenn er aber kommt? Dann laufen wir davon! Das hat wohl jeder als Kind schon mal gespielt.

Wen wundert es, dass Parteien wie die AfD und selbst die CSU dieses seit Urzeiten vorhandene Gefühl der Angst für ihre Zwecke nutzen. Ist doch auch ganz praktisch. Das lenkt von wirklich drängenden politischen Themen ab und bringt als Belohnung vielleicht auch noch die erhofften Wählerstimmen.

Nur, bekommt dadurch ein arbeitsloser einen passenden Job? Leben weniger

Menschen am Existenzminimum? Werden Geringverdiener damit besser bezahlt? Wachsen dadurch Erzieherinnen, Pflegekräfte, Polizisten aus dem Boden? Gibt es dadurch mehr bezahlbaren (!) Wohnraum in Ballungsgebieten? Wird der ÖPNV besser? Bekommen Lehrer dann endlich eine Festanstellung, statt nur von September bis Juli des kommenden Jahres angestellt zu werden? Verlassen deshalb mehr Schüler mit einer besseren Allgemeinbildung und einem guten Abschluss die Schulen? Nein! - Vermutlich ließe sich diese Liste noch fortsetzen, aber ich finde, dass sie sowieso schon zu lang ist.

Für mich steht auf jeden Fall fest: Angst ist ein schlechter Ratgeber!

Margit Markl

MEINE STIMME FÜR ♥ERNUNFT

DR. RAMONA GREINER Kandidatin für den Bezirkstag

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Oberhaching,

ich möchte Ihnen meine politischen Schwerpunkte für den Bezirkstag vorstellen. Sie weisen ganz bewusst in die Zukunft: Kultur, Bildung, Digitalisierung und Umweltschutz – alles unter den übergeordneten Zielen der sozialen Teilhabe und der Chancengleichheit. Eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn keiner sich abgehängt fühlt, wenn sich Beruf, Familie und Freizeit vereinen lassen, ein würdiges Leben im Alter möglich ist und wir auch an unsere Kinder und die Generationen von morgen denken.

Wir müssen die Digitalisierung endlich ernst nehmen und sie sozial gestalten, da sie wohl unsere größte Herausforderung in den nächsten Jahrzehnten darstellt. Es kann nicht sein, dass sich Menschen in der Mitte des Lebens bereits abgehängt fühlen, weil die Arbeit am Computer immer notwendiger wird oder weil der Arbeitsplatz durch die Technologisierung ganz wegzufallen droht.

- Wir brauchen gute Ausbildungen für junge Menschen und die richtigen Weiterbildungsmaßnahmen für langjährige Berufstätige.
- Wir müssen es schaffen, von der Digitalisierung zu profitieren, beispielsweise durch die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten. Das ist ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – sowohl in der Kinderbetreuung als auch in der häuslichen Pflege.



- Die Digitalisierung muss aber auch die Integration und Inklusion nachhaltig fördern. Mit digitalen Mitteln können Sprachbarrieren leicht überwunden und damit Integrationsangebote kostengünstig ausgebaut und wirkungsvoller gestaltet werden. Damit wir alle besser zusammenwachsen und sich jeder in unserer Gesellschaft einbringen kann.
- Neue Angebote für Seh- und Hörgeschädigte oder für Gehbehinderte sorgen dafür, dass jeder wieder am Leben teilnehmen kann, und sei es, weil das Leben mit digitalen Mitteln ins eigene Wohnzimmer kommt.

Soziale Teilhabe muss für jeden Menschen möglich sein, unabhängig von Gesundheitszustand, Herkunft, Alter oder Geldbeutel. Nur dann kann die Vereinzelung in der Gesellschaft und die Vereinsamung verhindert werden, von der

nicht nur ältere Menschen betroffen sind.

Doch die besten Sozialreformen nützen nur etwas, wenn wir unsere Umwelt erhalten. Gerade wir vor den Toren Münchens sind so nah an der Natur, an den Alpen und Seen, dass uns jeden Tag vor Augen geführt wird, wie schützenswert unsere Natur ist.

Ich will mich dafür einsetzen, dass auch der Bezirk den Umweltschutz künftig ernster nimmt und die richtigen politischen Weichen stellt – in Sachen Radwegeausbau, Gewässerschutz und nachhaltige Landwirtschaft.

Mehr über mich:

www.ramona-greiner.de

Haben Sie Fragen oder ein konkretes Anliegen? Kontaktieren Sie mich gerne unter

ramona@ramona-greiner.de

Ich freue mich auf unseren Austausch
Ihre Ramona Greiner

Dr. Ramona Greiner

- 31 Jahre jung
- Studium der Philosophie und Kunstgeschichte
- Promotion in Kunstgeschichte 2018
- Mitbegründerin und Tätigkeiten bei Online-Startups
- Ehrenamtliche Kulturvermittlerin bei „Die Kulturnetzwerker e.V.“
- Web-Analystin bei einer Münchner Unternehmensberatung für digitales Marketing

DER BEZIRKSTAG

Der Bezirk Oberbayern bildet die dritte kommunale Ebene über den Landkreisen und Gemeinden und hat vielfältige Aufgaben, deren Tragweite nicht unterschätzt werden sollte. Das Bezirksgebiet umfasst 3 kreisfreie Städte, 497 kreisangehörige Gemeinden, 20 Landkreise und 4,6 Millionen Einwohner. Der Bezirkshaushalt 2018 beträgt mehr als 1,9 Milliarden Euro.

Der Bezirk Oberbayern verwendet den größten Teil seiner Mittel als überörtlicher Sozialhilfeträger, überwiegend für die Versorgung von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen. Im Gesundheitsbereich sind vor allem die Kliniken des Bezirks Oberbayern zu nennen, durch die die neurologische und psychiatrische Versorgung der Menschen im Bezirk sichergestellt werden kann. Als Träger beruflicher Schulen,

des Freilichtmuseums Glentleiten, des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon und vieler weiterer Einrichtungen trägt er zur Förderung von Kultur, Bildung und Heimatpflege bei.

Neben dem Betrieb eigener Einrichtungen fördert er auch weitere Bildungsstätten sowie kleinere Kulturprojekte. Hier im Landkreis München unterstützt der Bezirk vor allem das Otto-König-

von-Griechenland-Museum in Ottonbrunn.

Zum Schutz unserer Umwelt unterhält der Bezirk eigene Fachberatungen für Imkerei und Fischerei und fördert Natur- und Landschaftsschutzmaßnahmen.

Verwaltet wird der Bezirk mit seinen vielfältigen Aufgaben neben der Bezirksverwaltung durch den Bezirkstag und seine Ausschüsse als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger des Bezirks. Momentan hat der Bezirkstag 67 ehrenamtliche Mitglieder, die für sechs Jahre gewählt werden. An ihrer Spitze

steht der Bezirkstagspräsident. Die Bezirkswahlen finden zeitgleich mit den Landtagswahlen am 14.10.2018 statt.

Örtliche Bauvorschrift liegt immer noch auf Eis

Ende Juli sollte die überarbeitete örtliche Bauvorschrift im Gemeinderat verabschiedet werden. Nun wird es wohl erst im Herbst eine Entscheidung geben.

Seit letztem Jahr wurde in nichtöffentlichen Arbeitsgesprächen um den Inhalt gerungen. Auch im SPD Ortsverein wurde bei zwei Veranstaltungen heftig diskutiert.

Für uns als SPD stand danach fest: Bei allen Vorteilen, die eine örtliche Bauvorschrift mit sich bringt, gängeln doch viele der darin enthaltenen Punkte den

Bürger zu sehr oder führen zu unverhältnismäßigen Kostensteigerungen.

Hier ein Auszug unserer Forderungen:

- Wirtschaftliches Bauen darf durch die Vorschrift nicht erschwert werden.
- Das Verhältnis Länge zu Breite der Baukörper soll einfacher definiert werden; Anbauten sollen auch mehrgeschossig möglich sein.
- Balkone bei Geschoßwohnungsbau können 2 Meter tief sein.
- Beim Kniestock ist eine Höhe von 80 cm zulässig.
- Die Dachneigung darf 20°-30° betragen.

- Satteldachgauben sind ab einer Dachneigung von 30° zulässig.
- Sichtbeton und Naturstein für kleinere Bauteile sollen weiterhin zulässig sein.
- Sockelabsätze dürfen farblich abgesetzt sein.
- Bodenbeläge im Einfahrtsbereich dürfen verschiedene Farbkomponenten haben.
- Pflanzungen entlang öffentlicher Verkehrsflächen dürfen auch geschlossen sein.

Unseren ganzen Antrag finden Sie unter: www.spd-oberhaching.de

Endlich eine schnelle Radverbindung von Sauerlach nach München

Der Kreistag des Landkreises München hat beschlossen, einen bereits vorhandenen Radweg von Sauerlach nach München als Radhauptverbindung auszubauen und hierfür auch die Kosten zu tragen.

Der Weg führt von Sauerlach an der Bahnlinie entlang und nach der „Nussbaumranch“ quer durch den Forst bis nach Harlaching. Das ist nicht nur für Freizeitfahrer ein positives Signal, sondern vor allem für die vielen Fahrradpendler aus Sauerlach, Oberhaching und München.

Es müssen aber nicht nur die gemeindefreien Strecken verbessert werden. Auch die Gemeinde Oberhaching hat entlang der Sauerlacher Straße und Linienstraße noch einiges zu tun.

An der Sauerlacher Straße wird gerade ein Konzept erarbeitet, wie die Straße über das Gleisental verbreitert werden kann. Auch die weitere Straßenführung

bedarf dann einer Überarbeitung. Platz ist hier vorhanden, über die notwendigen Grundstücke muss verhandelt werden.



Ebenso schwierig gestaltet sich die Situation an der Linienstraße. Die SPD Oberhaching hat dazu bereits im Januar 2017 einen Antrag gestellt, der bis heute nicht behandelt wurde.

Wir fordern darin eine Untersuchung, ob der Gehweg zu einem gemeinsamen

Geh- und Radweg verbreitert werden kann, anderenfalls fordern wir eine Umwidmung der Straße zur Fahrradstraße. Dies würde bedeuten, dass die Linienstraße Vorfahrtsstraße würde, somit gefährliche Situationen durch rechts vor

links nicht mehr entstehen würden. Autofahrer müssten auf die Radfahrer Rücksicht nehmen.

Damit wollen wir nicht den „Radl-Rambo“ unter den vielen Radl-Nutzern der Linienstraße unterstützen. Jeder Verkehrsteilnehmer, also auch ein Radfahrer, hat sich an die StVO, also auch an Geschwindigkeitsbeschränkungen, zu halten.

Wir wollen, dass die Radhauptwegverbindung auch in Oberhaching ihren Namen verdient, dass alle Radler und Fußgänger sicher an ihr Ziel kommen und die Gemeinde Oberhaching ihren neuen Titel **Radfreundliche Kommune** auch wirklich verdient.

Margit Markl

WIRKLICH FAHRRADFREUNDLICH?

Anträge der SPD im Umwelt- und Verkehrsausschuss (UVA) haben es oft schwer, umgesetzt zu werden, was angesichts der Mehrheitsverhältnisse in diesem Gremium nicht verwunderlich ist. Anders verhält es sich mit Anträgen der CSU. Sie erhalten in der Regel eine Mehrheit, gelegentlich sogar dann, wenn weite Teile der Bevölkerung der Entscheidung mit Unverständnis gegenüberstehen.

So geschehen bei dem Beschluss, das Tempolimit von 70 km/h auf der sog. „Alten Oberbiberger Straße“ bis zur Gemeindegrenze südlich von Ödenpullach teilweise aufzuheben. Doch der Reihe nach.

Seit Oberhaching im Februar 2012 der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern“ beigetreten ist, wird jährlich ein Aktionsprogramm zur Radverkehrsförderung aufgelegt, womit die Gemeinde schon viele sinnvolle Verbesserungen für Fahrradfahrende auf den Weg gebracht hat. In der Sitzung des UVA am 29.11.2016 wurde im Rahmen des Aktionsprogramms 2017 unter dem Aspekt der Entschärfung von Gefahrenstellen für Radler auf der Alten Oberbiberger Straße ein Tempolimit von 70 km/h mit 5:4 Stimmen beschlossen.

Am 19.6.2017 stellte die CSU-Fraktion den Antrag, das „generelle Tempolimit von 70 km/h“ aufzuheben und Geschwindigkeitsbeschränkungen nur im unübersichtlichen Bereich der Alten Oberbiberger Straße bis zu Einmündung nach Straßlach anzuordnen mit der Begründung, die von der Verwaltung dargestellte Gefahrensituation für Radfahrer erschließe sich nicht.

In der UVA-Sitzung vom 28.11.2017 stand die Radverkehrsordnung der Gemeinde für 2018 im Vordergrund, auch im Hinblick auf die angestrebte Auszeichnung als „fahrradfreundliche Gemeinde“. Unter Punkt 1e berichtete die Verwaltung, dass die Aufstellung der Schilder mit Tempo 70 km/h auf der „Oberbiberger Straße“ erledigt sei. Die



Radverkehrsordnung wurde einstimmig verabschiedet und auf meine Frage, ob damit der Antrag der CSU vom Juni hin-fällig sei, wurde geantwortet, der An-trag sei zurückgestellt.

Verwundert mussten wir feststellen, dass nämlicher Antrag in modifizierter Form in der UVA-Sitzung am 27.2.2018 erneut auf der Tagesordnung stand. Dazu wurde ein Schreiben des ADAC vorgelegt, in dem die Geschwindigkeits-reduzierung als nicht zwingend erforder-lich bewertet und statt derer die Aufstellung des Verkehrszeichens 138 (Achtung Fahrradfahrer) empfohlen wurde. Trotz sehr engagierter Diskus-sion von Seiten der SPD und der Grünen und entgegen der Stellungnahmen von ADFC und Polizeiinspektion Unter-haching wurde der Antrag der CSU mit 6:3 Stimmen angenommen.

Die Empörung der Gegner dieses An-trags ist nachvollziehbar. Die Süddeut-sche Zeitung befasst sich in im Land-kreisteil ihrer Ausgabe vom 8.3.2018 unter der Überschrift „Wieder freie Fahrt auf der Unfallstrecke“ mit dem Sachverhalt und widmet ihm sogar noch einen Kommentar, in dem es heißt: „Wer jemals mit dem Fahrrad von Deis-enhofen nach Ödenpullach gefahren

ist, weiß, dass es einem angst und bange werden kann, wenn auf der schmalen Straße die Autos vorbeizie-schen.“

Übrigens: Der Gemeinderat von Straß-lach stimmte auf seiner Sitzung im April mit großer Mehrheit für eine Reduzie-rung auf 70 km/h auf der Gemeindever-bindungsstraße von Großdingharting nach Oberhaching.

Ein Trost: Die Tempo-70-Schilder ste-hen noch und das soll auch so bleiben. Ein entsprechender Antrag der SPD ist gestellt.

Karin Wachten

Impressum

Herausgeber:
© SPD-Ortsverein Oberhaching
Email: info@spd-oberhaching.de
Redaktion (verantwortlich): Margit Markl
St.-Rita-Weg 17, 82041 Oberhaching
Gestaltung, Layout, Satz:
Wolfgang Stadler

der Hacho

ist das Mitteilungsblatt des SPD Ortsvereins für alle Bürger der Gemeinde Oberhaching. Er erscheint in unregelmäßiger Folge. Na-mentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors, nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder.